

Mark Harthun

Aktuelle Entwicklungen zum geplanten Nationalpark Kellerwald nach dem Regierungswechsel in Hessen: Nationales Naturerbe oder Wirtschaftsforst

1 Ausgangslage Anfang 1999

Eigentlich stand der Ausweisung des hessischen Nationalparks Kellerwald Anfang des Jahres nichts mehr im Wege: Der damals noch amtierende hessische Naturschutzminister Gerhard Bökel hatte Mitte März 1998 angekündigt, den Nationalpark in der nächsten Legislaturperiode umzusetzen (HARTHUN 1998), und der Regierungspräsident Bertram Hilgen hatte dies sogar noch konkretisiert und die Ausweisung des geplanten Nationalparks im Jahre 1999 für möglich gehalten (WALDECKISCHE LANDESZEITUNG – WLZ – 27.6.1998). In Gesprächen mit der WLZ befürwortete auch der F.D.P.-Bundesvorsitzende Wolfgang Gerhard den Nationalpark mit seiner Zugkraft für Tourismus und Wirtschaft. Auch Roland Koch lehnte den Nationalpark nicht ab, und die CDU-Generalsekretärin Angela Merkel hatte in Thüringen die Weichen für den Nationalpark Hainich mitgestellt (WLZ 9.2.99).

Auch innerhalb der Region Waldeck-Frankenberg hatte sich die Stimmung gewandelt. 1998 gab es noch immer vielerorts Vorurteile, die insbesondere auf mangelnde oder falsche Information und zu geringe Einbindung der Bevölkerung zurückzuführen sind (KRÜGER 1998, RIDDERBUSCH 1999). So hatten bei einer Umfrage in 400 Haushalten in Frankenau 70% der Befragten die Befürchtung von Enteignungen, obwohl es praktisch keinen Privatbesitz in dem vorgesehenen Gebiet gibt (BOUCSEIN 1999). Die zahlreichen deutlichen Forderungen nach einem Nationalpark, wie 13000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern und ein „Korbacher Appell“ von 68 Wissenschaftlern aus Deutschland (HARTHUN 1998), förderten die konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema, so dass sich 1999 die Stimmung vielerorts wandelte. Die Forderung nach einem Nationalpark wurde durch eine bundesweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid im Auftrag der Umweltstiftung WWF unterstützt, die belegte, dass 70% der Bevölkerung in Deutschland mehr Nationalparke wünschen (UMWELTSTIFTUNG WWF 1998).

Auf Initiative des Bürgermeisters von Bad Wildungen, Reinhard Grieneisen, wurden 1998/99 Konsensgespräche mit verschiedenen Interessensvertretern der Region geführt. Beteiligt waren dabei die Vereine „Bürger gegen Nationalpark“, „Pro Nationalpark“, die Bürgerbündnisse Frankenau und Vöhl sowie Vertreter der Ortsbeiräte Frebershausen, Gellershausen, Kleinern und Sachkundige der Forstwirtschaft (Forstamtsleiter H. Hücker, H. Wieck, M. Albus) (WALDECKISCHE ALLGEMEINE 8.3.1999). In dieser Runde gelang es, gemeinsam einen Verordnungsentwurf für den Nationalpark Kellerwald zu

entwickeln, der für alle Beteiligten tragbar war. Der Konsens stand zum Zeitpunkt der Landtagswahl kurz vor der Unterzeichnung durch die Teilnehmer der Konsensgespräche, so dass auch der Umweltminister ihn nur noch hätte unterschreiben brauchen (WLZ 21.5.99).

2 Kehrtwende in der hessischen Naturschutzpolitik

Mit der Landtagswahl in Hessen am 7. Februar 1999 kam es zur überraschenden Wende in dem seit Anfang der 90er Jahre geplanten Nationalpark-Projekt: Schon am Tag nach der Wahl der neuen Koalition aus CDU und F.D.P. verkündeten der designierte Umweltminister Wilhelm Dietzel und der (mittlerweile wieder zurückgetretene) CDU-Abgeordnete aus Waldeck-Frankenberg Karl-Wilhelm Michel das Ende des Nationalparks. Der erreichte Konsens in der Region für den Nationalpark wurde ignoriert.

Dabei ist diese Abkehr vom Naturschutz mit der Machtübernahme einer konservativen Koalition verwunderlich, denn auch der am 1. Januar 1998 eingerichtete Nationalpark „Hainich“ in Thüringen wurde unter einer konservativen Landesregierung durchgesetzt (Bernhard Vogel, CDU), ebenso wie die Erweiterung des Nationalparks „Bayerischer Wald“ durch Edmund Stoiber (CSU). Auch in Hessen wurde die Einrichtung des Nationalparks 1987 von der CDU gefordert. Selbst heute findet sich weder im Koalitionsvertrag (CDU HESSEN 1999), noch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten (HESSISCHE STAATSKANZLEI 1999) eine Aussage gegen den hessischen Nationalpark.

Ein neues Ziel ist nach der Koalitionsvereinbarung die Einrichtung eines Naturparks für die Region Kellerwald/Edersee. Damit schlug die Landesregierung den Weg zurück in die 70er Jahre ein, als schon einmal ein Naturpark am Edersee in einer Größe von 43000 Hektar durch die CDU-Kreistagsfraktion in Waldeck-Frankenberg Kreistag beantragt worden war (HNA 20.11.1974).

3 Aufkündigung der Naturschutzregelungen im Gebiet: Pläne zur Wiederaufnahme von Baumfällungen

Eine weitere Verschärfung in der Diskussion brachte die Ankündigung des hessischen Umweltministers, den Schutzstatus des Gebiets, der durch einen Erlass seines Vorgängers Gerhard Bökel vom 5. März 1998 (HESSISCHES MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ 1998a) be-

stand, aufzuheben. Die forstwirtschaftliche Nutzung sollte wieder aufgenommen werden, sowohl in der eingerichteten 2000 ha großen Tabuzone, als auch im gesamten Gebiet (5724 ha) mit dem Einschlag der bisher geschützten Bäume über 120 Jahre. Gegenüber der Frankfurter Rundschau erklärte Dietzel, er sehe in dem Buchenwald einen realisierbaren Holzwert von rund 150 Millionen Mark (FR 10.4.99). Lediglich 1100 Hektar Wald sollten von der Bewirtschaftung völlig verschont

bleiben (WA, 16.4.99). Später korrigierte er diese Angabe, und räumte ein, dass lediglich 1,5 Millionen Mark pro Jahr erwirtschaftet werden sollten. 15000 Festmeter pro Jahr sollten fallen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion rechtfertigte die Landesregierung ihr Vorgehen in offenbar standardisierten Antworten mit folgenden, immer wiederkehrenden Argumenten (s. 1. Argumente).

1. Argumente des Umweltministeriums für einen Holzeinschlag

Forstwirtschaftliche Argumente

- ◆ Man pflege einen Waldbereich doch nicht über 120 Jahre lang, „um ihn dann Käfern und Pilzen zu überlassen“, so Wolfgang Dertz, Abteilungsleiter für Forsten im Umweltministerium (WLZ 1.5.99).
- ◆ Der Kellerwald sei ein Kulturwald, von Menschen zu dem gemacht, was er heute ist. Er ist das Ergebnis von 200-jähriger Forstwirtschaft. Er sei kein Urwald (Pressemitteilung des HMULF, 20.8.). Es sei ein Irrtum zu glauben, dass die Buchenbestände sich am besten erhalten, wenn man den menschlichen Einfluss gänzlich unterbindet. Die großen Buchenbestände in Hessen seien das Ergebnis einer jahrhundertelangen Pflege (HMULF, Internet 28.10.).
- ◆ Die Buchenwälder sind weder in ihrer Art noch in ihrer Ausdehnung gefährdet. Unser Klima erlaubt eine viel intensivere Nutzung als in der Dritten Welt. Daher müsse man gerade bei uns die Wälder nutzen, um eine übermäßige Beanspruchung tropischer Wälder zu verhindern (HMULF, Internet 28.10.).
- ◆ Die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 spreche immer von Schutz *und* Nutzung natürlicher Ressourcen (HMULF, Internet 28.10.).

Wissenschaftliche Argumente

- ◆ Das vorsichtige Fällen von Bäumen diene der Artenvielfalt (WLZ 14.4.99). Die Erkenntnisse aus Naturwaldreservaten gäben Hinweise darauf, dass die Artenvielfalt auch in den bewirtschafteten Buchenbeständen außerordentlich hoch sei. Über die Artenvielfalt in unbewirtschafteten Laubbaumbeständen wüsste das Umweltministerium zu wenig, um dies als Ausgangsbasis nehmen zu können, großflächig auf die Bewirtschaftung von Laubbaumbeständen zu verzichten (4.11.99).
- ◆ Urwälder gebe es nur in Regenwäldern. In Europa gebe es dagegen nur genutzte Forste (HMULF, Internet 28.10.99).
- ◆ In Hessen sind fast 17000 ha Buchenwald älter als 160 Jahre und 47000 ha älter als 140 Jahre. Dies belegt, dass keine Gefahr besteht, dass durch Forstwirtschaft Buchenwaldbiotope oder die Buche als Art gefährdet werden (HMULF, Internet 28.10.).
- ◆ Es gebe bereits einen Buchenwald-Nationalpark im Hainich (Thüringen) der nur wenige hundert Kilometer entfernt sei.
- ◆ Die Landesregierung habe Zweifel, ob der Kellerwald überhaupt Nationalpark-würdig sei, weil es sich nicht um unberührte Natur handele.
- ◆ Es gebe bereits 30 Naturreservate mit einer Gesamtfläche von ca. 1000 ha. Damit gebe es genug Naturwald in Hessen.

- ◆ Nur durch eine planvolle und zielgerichtete Verjüngung ließe sich ein im Sinne des Naturschutzes gewünschter ungleichaltriger Wald entwickeln (HESSISCH -NIEDERS. ALLGEMEINE 14.4.99).
- ◆ Nach gründlichem Studium sei das Umweltministerium zu der Überzeugung gekommen, dass es aus wissenschaftlicher Sicht wenig Sinn mache, die unbeeinflusste Entwicklung von Natur auf Großflächen vorzunehmen, da wegen fehlender personeller Kapazität für Beobachtungen keine weiteren Erkenntnisse zu erwarten seien, als in den kleinen vorhandenen Naturwaldreservaten (4.11.99).

Politische Argumente

- ◆ Der Verzicht auf einen Buchenwald-Nationalpark sei im Koalitionsvertrag vereinbart worden (14.4.99; WLZ 18.5.99).
- ◆ Der Naturschutz sei ohne Holzertrag aus dem Forst nicht zu bezahlen (WLZ 14.4.99).
- ◆ Kompromissloser Naturschutz in abgegrenzten Gebieten sei überholt (WLZ 14.4.99).
- ◆ Die Entscheidung von etwa 70% der Menschen vor Ort gegen einen Nationalpark sei für die Landesregierung bindend (HMULF, Internet 28.10.). Bei einem Bürgerentscheid in drei der vier Anliegergemeinden hatten im Oktober 1997 5580 Menschen (=65,9%) für eine Ablehnung des Nationalparks gestimmt (HARTHUN 1998). Dies sei eine „Mehrheit gegen den Nationalpark in der Region“. Das Votum der 18000 Einwohner-Stadt Bad Wildungen für den Nationalpark dürfe nicht gewertet werden, da hier nur die Vorteile für die regionale Wirtschaft gesehen würden (Umweltminister Dietzel im Rahmen des „Dämmerschoppens“ auf dem Hessentag in Baunatal).
- ◆ In den verbleibenden 1100 ha (unrentable „Grenzwirtschaftswälder“) könne der Wald auch in Zukunft wild wachsen. Dort gebe es Natur pur „für diejenigen, die das so beglückend finden“, so Dertz (WLZ 1.5.99).
- ◆ Die Bewirtschaftung garantiere 27 Arbeitsplätze im Forstamt Edertal (dpa 8.7.99).
- ◆ Hessen sei zwar vergleichsweise ein reiches Land (höchstes Steueraufkommen). Was ein Land mit seinem Reichtum tut, liege aber letztlich in der Entscheidung des Parlaments. Die Regierung könne nur Vorschläge machen (HMULF, Internet 28.10.).
- ◆ 20000 ha Staatswald würden wirtschaftlich gar nicht mehr genutzt (HMULF, Internet 28.10.). Auf 16,7% der hessischen Staatswaldfläche werde dem Naturschutz besonderer Vorrang eingeräumt (HMULF, Internet 28.10.).

- ◆ Es gebe bereits 13 Nationalparke in Deutschland. Die Zahl müsse begrenzt werden, um die Besonderheit zu erhalten.
- ◆ Es wäre vielleicht vertretbar, tatsächlich auf großen Waldflächen der natürlichen Entfaltung freien Lauf zu lassen.

„Aber jetzt und heute kann dazu nur gesagt werden, dass wir nicht wissen, was das Bessere ist.“ (HMULF, Internet 28.10.).

2. Argumente des NABU für einen Nationalpark

Forstwirtschaftliche Argumente:

Wenn der Waldbestand tatsächlich nur ein Ergebnis 200-jähriger Forstwirtschaft wäre, wäre der Altholzanteil nicht mit 37% wesentlich höher, als im restlichen hessischen Staatswald (12%). Das Waldschutzgebiet Gatter Edersee hatte vielmehr einen Sonderstatus als Jagdgebiet, die Forstwirtschaft spielte nur eine nachrangige Rolle. Es ist richtig, dass der Kellerwald kein Urwald ist, aber er hat in Hessen aufgrund seiner Unzerschnittenheit und der Besitzverhältnisse die besten Voraussetzungen, ein sekundärer Urwald zu werden. Der Nationalpark wird nicht benötigt, um die Buche vor einer Gefährdung zu schützen, wovon offenbar das HMULF ausgeht. Vielmehr geht es um die große Zahl an anderen Pflanzen, Tieren und Pilzen der Buchenwälder, von denen eine große Zahl bedroht sind. Ursache dafür ist insbesondere das Fehlen von Alters- und Zerfallsphasen in unseren Wäldern.

Das Argument, dass die forstwirtschaftliche Nutzung ein Auftrag der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio sei, offenbart eine nutzungsorientierte Denkweise der Autoren im Umweltministerium: Angesichts der Tatsache, dass unsere Wälder fast auf der gesamten Fläche genutzt, aber in Hessen in noch keinem einzigen großen Gebiet geschützt sind, darf das Umweltministerium seine Aufgabe nicht darin sehen, den Wald „vor Nichtnutzung zu schützen“ (Forderung Hess. Forstverein, 7.5.99). Das entscheidende forstwirtschaftliche Argument dürfte aber sein, dass das Holzgeld des geernteten Holzes im Waldschutzgebiet in den Jahren 1993-1997 5,4 Millionen Mark betrug, die dafür entstandenen Sach- und Personalkosten jedoch 13,2 Millionen Mark. Die weitere Bewirtschaftung kostet also mehr als doppelt so viel, wie sie erbringt (HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ 1998c).

Wissenschaftliche Argumente:

Die Zielrichtung eines Nationalparks ist nicht die größtmögliche Artenvielfalt, sondern der Schutz der hier natürlicherweise vorkommenden, charakteristischen Arten in einem weitgehend natürlichen Ökosystem. Selbst wenn bewirtschaftete Wälder eine hohe Artenvielfalt erreichen, so erfüllen sie dieses Ziel nicht. Daher sollte es beides geben: bewirtschaftete Wälder und ungenutzte Naturwälder. Dass es bisher keine Urwälder in Europa und wenig Erkenntnisse über die Artenvielfalt von Naturwäldern gibt, kann kein Argument für die Auflösung des bisherigen Schutzstatus des Kellerwalds sein, sondern macht vielmehr den Forschungsbedarf und die Dringlichkeit der Einrichtung des Nationalparks deutlich. Der Nationalpark Hainich kann den Kellerwald nicht ersetzen, weil er auf anderem Grundgestein liegt und andere Waldtypen umfasst. Auch sind die Altholzbestände, die sich frei entwickeln können, wesentlich kleiner als im Kellerwald. Daher sind beide Gebiete für das vorgesehene Nationalparksystem Deutschlands (PANEK 1999) notwendig.

Wenn 17000 ha der Bestände des Staats- und Körperschaftswaldes älter als 160 Jahre alt sind, so sind dies 1,9% des hessischen Waldes (gesamt: 876.435 ha). Selbst wenn noch die Privatwälder berücksichtigt werden, so handelt es sich immer noch um einen verschwindend geringen Waldanteil, in dem die Bäume die zweite Hälfte ihres Lebens erreichen. Auch die Aussage, 47.000 ha Buchwälder seien über 140 Jahre, muss mit Vorsicht genossen werden. Nicht alles ist Gold, was glänzt: An anderer Stelle, nämlich wenn es um die Verpflichtung Hessens zur Meldung von FFH-Gebieten geht, erklärt das HMULF, dass von der gesamten hessischen Waldfläche (trotz naturgemäßer Waldwirtschaft!) nur 15,2% (133.440 ha) eine weitgehend naturnahe Artenzusammensetzung haben (STIFTUNG HESSISCHER NATURSCHUTZ 1999). Entscheidend für diese Zuordnung ist, dass der Anteil von Arten, die nicht zur jeweiligen Pflanzengesellschaft gehören, 30% nicht überschreitet (SSYMANK et al. 1998). Der größte Teil des hessischen Waldes ist also durch einen zu hohen Anteil an gesellschaftsfremden Arten nicht als naturnah anzusehen. Entsprechend muss davon ausgegangen werden, dass auch nur ein kleiner Teil der aufgeführten 47.000 ha Altholzbestände naturnah sind.

Unberührtheit in der Vergangenheit ist entgegen der Meinung des HMULF keine Voraussetzung für einen Nationalpark. Entscheidend ist, dass das Gebiet sich ab der Ausweisung in einem „vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand“ (BNatSchG) befinden muss. Dies könnte unmittelbar durch Nutzungsverzicht erreicht werden, wenn die Landesregierung dies nicht verhindern würde. Im Übrigen wird die Nationalpark-Ausweisung in einer Studie des Bundesamtes für Naturschutz „ohne Einschränkung empfohlen“ (FÖDERATION DER NATUR- UND NATIONALPARKE EUROPAS, SEKTION DEUTSCHLAND e. V./FÖNAD 1997).

Die Naturwaldreservate können keinen Ersatz für einen 5724 ha großen Nationalpark darstellen: 14 von 30 Naturwaldreservaten sind kleiner als 30 ha (HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ 1997). Damit sind die Randeffekte durch die umgebende Nutzung oft so groß, dass es kaum unbeeinträchtigte Bereiche innerhalb der NWR gibt (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 1999). Sie erreichen damit nicht einmal die Mindestfläche für den Ablauf natürlicher Prozesse, geschweige denn natürlicher Artengemeinschaften. Hierfür sind nach wissenschaftlichen Untersuchungen Waldgebiete von mindestens 3000-5000 ha an einem Stück notwendig (REMMERT 1990). Noch dazu liegt Hessen auf dem vorletzten Platz in Deutschland, was den Flächenanteil der NWR an der gesamten Waldfläche angeht (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 1999).

Dass keine forstwirtschaftliche Nutzung notwendig ist, um eine Verjüngung und damit einen mehrschichtigen Waldaufbau zu erreichen, zeigen die wenigen Beispiele von kleinen Urwaldresten in Europa, in denen nach dem Absterben einzelner Bäume auf natürliche Weise Jungwuchs heranwächst, und so

ein mehrschichtiger Wald auch ohne Eingriffe entsteht. Die Aussage des HMULF, dass ein Nationalpark „aus wissenschaftlicher Sicht“ wenig Sinn mache, weil es an Personen fehle, die hier Untersuchungen durchführen könnten, sollte dem Wissenschaftsministerium und den deutschen Universitäten zu denken geben... Beispiele aus anderen Nationalparks, die für umfassende Untersuchungen genutzt werden, und das Interesse eines Mitarbeiters des Wissenschaftsministeriums an dem Nationalpark zeigen, dass die Ansicht des Umweltministeriums nicht zutrifft. Der Grundstein für Naturwaldforschung im Buchenwald muss schon heute gelegt werden, um die dynamischen Prozesse in einem naturnahen Laubwald zu beobachten und wichtige Erkenntnisse auch für eine nachhaltige Forstwirtschaft zu gewinnen.

Politische Argumente:

Der Verzicht auf den Nationalpark ist im Koalitionsvertrag nicht explizit genannt. Geld aus dem Holzerlös ist nie in den Naturschutzetat geflossen - im Gegenteil. Nach dem Regierungswechsel wurden die Gelder für das Waldschutzgebiet Gatter Edersee aus dem Naturschutzetat in den Forstetat übertragen. Nationalparke sind nicht kompromisslos. Schutzgebiete sind ein wichtiger Bestandteil des integrierten Naturschutzes, insbesondere dann, wenn auf der umgebenden, genutzten Fläche keine naturverträgliche Wirtschaftsweise praktiziert wird. Insbesondere der Schutz stark gefährdeter Arten ist im Übrigen nur über das Segregationsmodell denkbar, weil der großflächige Verlust von Arten aufgrund von Ausbreitungsbarrieren in der gesamten Landschaft kaum mehr rückgängig gemacht werden kann (PLACHTER 1991).

Nach dem Willen der ehemaligen Landesregierung sollte „die betroffene Region“ eine Entscheidung zum Nationalpark treffen, die später als der Landkreis Waldeck-Frankenberg

definiert wurde. Dass ein Bürgerentscheid im Jahr 1997 mit 5580 Stimmen gegen einen Nationalpark bei 153.000 Einwohnern (3,7%) der Region ein „Mehrheitsentscheid“ darstellen soll, ist mehr als fragwürdig. Da es sich um eine landesweite Angelegenheit handelt, haben gerade einmal 0,09% der hessischen Bevölkerung gegen den Nationalpark gestimmt.

Die viel zitierten 1100 ha Grenzwirtschaftswälder können keinen Ersatz für einen Nationalpark darstellen, weil es sich nicht um eine zusammenhängende Fläche handelt, und um Waldstandorte, die nicht nach naturschutzfachlichen Kriterien ausgewählt wurden, sondern nach wirtschaftlichen. Es fehlen also gerade die Waldausprägungen auf guten Böden, in denen besonders dicke Bäume wachsen können. Darüber hinaus ist der Schutz nicht für den gesamten Lebenszyklus der Buchen gewährleistet, sondern nur für den 10-jährigen Forsteinrichtungszeitraum.

Arbeitsplätze sind durch den Nationalpark nicht gefährdet - im Gegenteil. Die Arbeitnehmer des Forstamtes Edertal sollen in die Nationalparkverwaltung übernommen werden. Das Abwälzen der Verantwortung auf das Hessische Parlament ist eine klare Schuldverschiebung. Wenn die Regierung „nur Vorschläge“ für einen Nationalpark machen kann, dann sollte sie wenigstens dies auch tun. Die Aussage, dass 20.000 ha des hessischen Waldes gar nicht mehr genutzt werden, trifft nicht zu. Gemeint sind hier wohl die Waldanteile von Naturschutzgebieten (22059 ha), die mit wenigen Ausnahmen (Kühkopf-Knoblochsaue, Kernzonen des Biosphärenreservates Rhön, Naturwaldreservate) weiter forstwirtschaftlich genutzt werden. Dass die Zahl von Nationalparks begrenzt werden müsse, ist angesichts der Alternative, den 79ten Naturpark Deutschlands auszuweisen, nicht nachvollziehbar. Zumal für die Vervollständigung des deutschen Nationalparksystems noch Bedarf an weiteren Nationalparks besteht.

Der Hessische Forstverein, dessen Präsident Wolfgang Dertz gleichzeitig der Abteilungsleiter für Forsten im Umweltministerium ist, triumphierte nach der Ankündigung des Holzeinschlags, der gesamte hessische Wald (ca. 40% der hessischen Landesfläche) müsse künftig „vor Fremdbestimmung und Nichtnutzung geschützt“ werden (J. Freudenstein, Vorsitzender, FR 7.5.99).

4 Kampagne zur Rettung der Altholzbestände

Im Mai organisierten sich die Umwelt- und Naturschutzverbände Deutschlands zur Rettung des Nationalparks. In kurzer Zeit entstand ein Bündnis aus NABU, BUND, Umweltstiftung WWF-Deutschland, GREENPEACE, ROBIN WOOD, Europarc, Pro Nationalpark, Deutscher Naturschutzring und der Deutschen Umwelthilfe. Am europaweiten „Tag der Parke“ (24.5.) wurden mehrere Exkursionen mit insgesamt 130 Bürgern im Waldgebiet durchgeführt. In zahlreichen überregionalen Zeitschriften wurde auf die drohende Gefährdung des potentiellen Nationalparks aufmerksam gemacht (FREDE i. D.; HARTHUN 1999a, PANEK 1999, RECK 1999, TAMM 1999).

Artikel in überregionalen Zeitungen wie „Die Woche“ (9.7.), „Frankfurter Rundschau“, „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ (16.7.), „Bild der Frau“ (26.7.), „Taz“ (14.8.), „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (21.8.), Fernseh- und Radioberichterstattungen führten zu breitem bundesweiten Interesse an den Vorgängen in Hessen. Die Entgegnungen des NABU auf die Argumente der Landesregierung sind in „2. Argumente“ zusammengefasst. Im gesamten Sommer und Herbst kamen in der NABU-Landesgeschäftsstelle regelmäßig Anfragen mit der Bitte nach geführten Exkursionen im geplanten Nationalparkgebiet. Zahlreiche Bürger aus ganz Deutschland meldeten sich und boten an, bei Protestaktionen gegen die Zerstörung der wertvollen Altholzbestände teilzunehmen.

Resolutionen für die Ausweisung des Nationalparks Kellerwald wurden von der Bundesmitgliederversammlung von EUROPARC (23.4.99), von den Landesdelegiertenversammlungen der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (FR 21.6.99) und des NABU Hessen (30.11.99) und vom hessischen Landesnaturschutzbeirat (26.5.99) verabschiedet. Letzterer fasste auch einen weiteren Beschluss für den Nationalpark am 18.8.99. Auch die Arbeitsgemeinschaft Naturgemäßer Waldbau und die Zoologische Gesellschaft Frankfurt unterstütz-

ten in Briefen und Pressemitteilungen den Nationalpark. Von den Parteien setzten sich Bündnis90/Die Grünen bereits seit März öffentlich engagiert für den Erhalt der wertvollen Buchenbestände ein. Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Waldeck-Frankenberg betonte: „Der Nationalpark bleibt unser Ziel“ (WLZ 26.6.99). Im Juli wurde ein Aktionsbündnis „Rettet die Buchen im Kellerwald“ von Vertretern der SPD, der Naturschutzverbände und Bündnis90/Die Grünen gegründet (WLZ 17.7.99). Die Kreisvorsitzenden der F.D.P. und der FWG, Otto Wilke und Manfred Steiner forderten einen Verzicht auf den Holzeinschlag bis ein Naturparkkonzept stehe. Es dürften keine „Fakten mit der Säge“ geschaffen werden (WLZ 22.7.99 und 30.7.99).

Im August wandten sich die großen deutschen Umweltverbände BUND, GREENPEACE, NABU, ROBIN WOOD und WWF in einem gemeinsamen Aufruf an den Ministerpräsidenten Roland Koch, dem Umweltminister „die Säge aus der Hand zu nehmen“. Der WWF informierte über das Internet und rief dazu auf, Protest-E-mails an den Ministerpräsidenten zu senden. Über 1200 Briefe wurden geschrieben. Im September erbrachte ein zweiter Aufruf erneut 1258 E-mails aus Deutschland und weitere 1002 aus aller Welt, diesmal mit der Forderung nach einem Nationalpark an den Umweltminister. Auch zahlreiche Professoren, die sich bereits 1997 mit dem „Korbacher Appell“ für den Nationalpark eingesetzt hatten, engagierten sich erneut: In über 50 Briefen an die politisch Verantwortlichen verlangten sie die Einrichtung des Nationalparks. In Wiesbaden erkletterte ROBIN WOOD am 17.9. die Fahnenmasten des Umweltministeriums und entrollte ein Transparent mit der Aufschrift: „Säge weg vom Kellerwald. Nationalpark jetzt!“

Internationalen Rückenwind bekamen die Naturschutzverbände auch durch BirdLife International, die weltweit bedeutendste Vogelschutzorganisation, die mit 1,5 Millionen Mitgliedern in 32 Ländern vertreten ist. In einem Schreiben wies BirdLife den Ministerpräsidenten auf seine internationale Verantwortung zum Schutz des Naturerbes hin.

Der 3. Oktober wurde von den Umweltverbänden zum „Tag der Buche“ ausgerufen, mit erneutem Informationsangebot für die Bevölkerung vor Ort. Kletterer von GREENPEACE seilten sich am 18.10. an der Edersee-Staumauer ab und spannten für 4 Stunden ein 250m² Transparent mit der Aufschrift „Das Beste für Natur und Region: Nationalpark Kellerwald“ auf (s. Taf. 12.4, S. 276). Die Umweltorganisation verurteilte die Naturpark-Idee als „Mogelpackung“.

Auch wenn der Protest der Umweltverbände mit der Entscheidung zum Verzicht auf den Holzeinschlag weitgehend eingestellt wurde, so wird die Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich weitergeführt. Der Verein Pro Nationalpark hat zwei neue Informationsschriften über „Prozessschutz im Laubwald“ und „Der Buchenwald - ein europäisches Naturerbe“ veröffentlicht.

5 NABU erhebt Beschwerde bei der Europäischen Kommission gegen die Einschlag-Pläne

Das Gebiet des geplanten Nationalparks wurde per Kabinettsbeschluss vom 1.9.1998 von der Landesregierung als Fauna-Flora-Habitat(FFH)-Gebiet für das Europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 gemeldet. Darin ist als Entwicklungsziel die „Überführung der vorhandenen naturnahen Ökosysteme in ihren natürlichen Zustand und Förderung der natürlichen Walddynamik“, sowie die Absichtserklärung „soll als Nationalpark ausgewiesen werden“ definiert (Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz 1998b). Durch die Meldung des Gebiets wurde der „Status quo“, also der Schutzstatus zum Zeitpunkt der Meldung, sowie das Entwicklungsziel verbindlich festgeschrieben. Nach der Landtagswahl forderte der naturschutzpolitische Sprecher der F.D.P. und Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten im Hessischen Landtag Heinrich Heidel den Umweltminister auf, zu prüfen, „ob die Anmeldung des gesamten Gebietes als Flora-Fauna-Habitat-Fläche in Brüssel noch zu korrigieren sei“ (WLZ 29.5.99). Da die Meldungen jedoch bereits über das Bundesamt für Naturschutz und das Bundesumweltministerium an die Europäische Kommission weitergeleitet worden waren, war dies ausgeschlossen. Politisch motivierte Streichungen oder Verkleinerungen von Gebieten sind nach europäischem Recht ohnehin nicht zulässig, da die Gebietsauswahl allein nach naturschutzfachlichen Kriterien getroffen werden muss (HARTHUN 1999b). Am 16.8. warnte der Bundesumweltminister Jürgen Trittin vor dem Einschlag wegen eines möglichen Verstoßes gegen europäisches Naturschutzrecht und wies auf die Notwendigkeit einer Verträglichkeitsprüfung hin.

Da der Einschlag dennoch so weit vorbereitet wurde, dass ein entsprechender Erlass zur Aufhebung des Schutzstatus vorbereitet (Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten 1999) und die verfahrensrechtlich notwendige Beteiligung des Landesnaturschutzbeirats bereits abgeschlossen wurde, reichte der NABU Hessen am 2. September 1999 eine ausführliche, 144 Seiten umfassende Beschwerde gegen die Pläne der Landesregierung bei der Europäischen Kommission ein (NABU Hessen 1999). Darin wird die Unverträglichkeit der Wiederaufnahme forstwirtschaftlicher Nutzung mit dem EU-Recht begründet und die Europäische Kommission aufgefordert, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Weitere Beschwerden wurden vom Verein Pro Nationalpark und von Bündnis90/DieGrünen eingereicht. Mit einer Entscheidung der Europäischen Kommission kann im Jahr 2000 gerechnet werden.

6 Stimmen für den Nationalpark Kellerwald

Im Verlauf des ganzen Jahres wurde die Zahl der Nationalparkbefürworter immer größer und vernehmbar-

rer: Der Landrat von Waldeck-Frankenberg Helmut Eichenlaub sieht in dem Nationalpark eine „große Chance für die Region“ (WLZ 27.2.99). Auch unter den Forstleuten der Region regte sich Widerstand gegen die Pläne des Umweltministers: Ein Forstamtsleiter der Region berichtete, zahlreiche seiner Kollegen seien sehr wohl für einen Nationalpark (WLZ 21.5.99). Der Bad Wildunger Kurdirektor Hans-Peter Wohlgehagen äußerte bei einem Pressegespräch auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, dass er hoffe, im Jahr 2000 den Titel „Bad Wildungen im Nationalpark Kellerwald-Edersee“ auf die ITB-Plakate schreiben zu können (WLZ 10.3.99). Der ehemalige hessische Wirtschaftsminister Lothar Klemm (SPD) begrüßte das Wildunger Votum für den Nationalpark, und auch für den Ministerialrat Karl-Heinz Franke vom Wirtschaftsministerium wäre mit dem Nationalpark ein erheblicher Imagegewinn verbunden. Er könne „erhebliche wirtschaftliche Impulse auslösen“ (WLZ 10.3.99). Aus dem Bayerischen Wald ist bekannt, dass der touristische Umsatz im engeren Umfeld des Nationalparks doppelt so hoch ist, wie im Bayerwalddurchschnitt. Die Einnahmen durch Besucher, die ausschließlich wegen des Nationalparks in die Region kommen und übernachten, beträgt über 60 Millionen DM (Nationalpark Bayerischer Wald 1999).

Aus der neuen Landesregierung war Innenminister Volker Bouffier (CDU) der Erste, der seine Befürwortung des Nationalparks zum Ausdruck brachte: In einem Schreiben an den NABU Hessen vom 28. April 99 erklärte er, er wolle seine „ganz persönliche Befürwortung“ des Nationalparks „nicht verschweigen“ und sehe in dem Projekt einen „hessischen Beitrag zum internationalen Nationalparksystem“. Das Wirtschaftsministerium äußerte Verständnis für die Argumente des NABU für einen Nationalpark und teilte ihm in einem Schreiben vom 20. Juli 99 mit, dass auch alternative Entwicklungskonzeptionen „nicht auf Kosten des Naturschutzes“ entwickelt werden dürften. Auch ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums zeigte sich für die Chancen eines Nationalparks für die Forschung sehr aufgeschlossen.

Unterstützung kam auch von den Oppositionsparteien: Die hessische SPD-Abgeordnete Hildegard Pfaff warf dem Umweltminister vor, den geplanten Nationalpark als „finanziellen Steinbruch“ für Wahlversprechen der Regierung zu nutzen (dpa, 5.5.99). Der BUND Hessen forderte am 28. Mai eine Landtagsanhörung (FR 29.5.99), um alle Interessensgruppen die Argumente gegen und für einen Nationalpark vortragen zu lassen. Noch vor der Sommerpause wurde dies von Bündnis90/Die Grünen am 1. Juni im Hessischen Landtag beantragt. Diese sachliche Auseinandersetzung wurde jedoch von der Regierungskoalition abgelehnt. Am 9.9.99 brachten Bündnis90/DieGrünen einen Antrag im Landtag für die Ausweisung des Nationalparks ein, der durch die Koalitionsmehrheit abgelehnt wurde.

Am 4. August erarbeitete der NABU-Präsident Jochen Flasbarth gemeinsam mit Vertretern regionaler Wirtschaftsorganisationen sowie des Hotel- und Gastgewerbes in der Kellerwald-Region eine 6-Punkte-Erklä-

rung, in der gefordert wird, dass die Option für einen Nationalpark erhalten bleiben, und der angekündigte Einschlag daher unterbleiben müsse. Dies sei eine Voraussetzung für eine Mitarbeit an einer Naturpark-Konzeption. Weiterhin wurde die Bereitstellung mindestens einer Person gefordert, die innerhalb des Waldschutzgebietes regelmäßige Waldführungen durchführt. Unterzeichnet wurde die Erklärung von Vertretern der Touristikzentrale Waldeck-Ederbergland, Wirtschaftsförderung Bad Wildungen GmbH, Fördergesellschaft Edersee, Edersee Touristik, Verband Hessischer Heilbäder, AK für Kommunalfragen der Waldeckischen Wirtschaft und dem NABU Deutschland. Auch die Industrie- und Handelskammer Kassel votierte für den Nationalpark (WLZ 18.9.99).

Der Widerstand gegen die Einschlag-Pläne führte letztlich auch zu einer Öffnung des Umweltministers für das Naturschutzprojekt. Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erklärte er, es werde keinen Nationalpark geben, „es sei denn die umliegenden Kommunen drängten auf eine Verwirklichung dieses umstrittenen Projektes“ (FAZ 28.5.99). Am 20. August kündigte er an, dass der Einschlag der alten Buchen „zurückgestellt“ würde, „bis ein Gesamtkonzept für den Naturpark“ stehe - eine Entscheidung, über die in den bundesweiten Medien berichtet wurde. Der Ministerpräsident Roland Koch begrüßte diesen Schritt, weil er für spätere Generationen die Option für einen Nationalpark offen halte (WLZ 28.8.99).

7 Was soll ein „Naturpark“ Kellerwald bringen?

Der vom Umweltminister favorisierte Naturpark hat unterdessen große Skepsis hervorgerufen.

Horst König, der über 30 Jahre Geschäftsführer des Vereins Naturpark Diemelsee war, vertritt die Auffassung, ein Naturpark wäre kein Imagegewinn für die Region. Es wäre der Zehnte in Hessen, der 79ste bundesweit, und würde daher keine Besonderheit mehr darstellen. 29,4% der hessischen Landesfläche sind bereits Naturpark (Bundesamt für Naturschutz 1999). Aus diesem Grund sei der Naturpark-Antrag der CDU in den 70er Jahren bereits abgelehnt worden. Landeszuschüsse für Naturparke seien in der Vergangenheit ständig reduziert worden, weil die Ausbauphase beispielhafter Erholungslandschaften als abgeschlossen angesehen wird. Bund und Europäische Union gäben ohnehin kein Geld für diese Gebiete aus (WA, 3.3.99). Die Naturschutzverbände NABU, BUND und der Verein Pro Nationalpark haben sich zur Mitarbeit bei der Erarbeitung eines Naturparkkonzepts entschlossen. Voraussetzung ist allerdings, dass der aktuelle Schutzstatus im Waldschutzgebiet Gatter Edersee nicht angetastet wird. Sie schlagen ein Kombi-Modell vor, wonach ein Naturpark mit einem eingebetteten Nationalpark die beste Lösung für die Region sei. Am 18. Oktober fand die konstituierende Sitzung eines Naturpark-Beirats unter Vorsitz von Landrat Eichenlaub statt, bei der folgende Institutionen/Gruppierungen vertreten sind: Kreis Wal-

deck-Frankenberg, Schwalm-Eder-Kreis, Forstamt Edertal, Bürgermeister von Edertal, Frankenau, Bad Zwesten und Jesberg, Hess. Waldbesitzerverband, Hess. Bauernverband, Hess. Fremdenverkehrsverband, Handwerkskammer Kassel, AG Hess. Industrie- und Handelskammer, Verein Kellerwald/Edersee, NABU, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Naturschutzzentrum Hessen, RP Kassel, Hauptpersonalrat beim HMULF, Hess. Wirtschaftsministerium und Dr. Günther (Präsident Verband Deutscher Naturparke). Die Größe eines zukünftigen Naturparks soll etwa 35000 ha betragen. Verwunderlich ist nur die Stellungnahme des Umweltministers, die er nach dem Treffen des Naturpark-Beirats der Presse gab: Der Kellerwald solle „als ein Kulturland“ angeboten werden, nicht als ein „Nationalpark mit rigorosen Nutzungsbeschränkungen“ (Pressemittteilung HMULF, 18.10.) - eine Terminologie, die ahnen lässt, welche Mitarbeiter die Feder des Umweltministers führen. Die Wiederaufnahme der Holzfällungen wurde zudem erneut angekündigt. Da die Nutzung des Gebietes ohnehin unwirtschaftlich ist, muss befürchtet werden, dass einige Gegner des Nationalparks innerhalb des Umweltministeriums die Entwertung des Waldschutzgebiets, und damit die Zerstörung der Nationalpark-Qualität, durch die Holznutzung als einzige langfristig wirkende Waffe gegen einen Nationalpark ansehen. Auf die Anfrage des NABU, welches denn die „*rigorosen Nutzungsbeschränkungen*“ seien, konnte das Ministerium bisher noch keine befriedigende Antwort geben.

Am 7. Dezember wurde bei der zweiten Sitzung des Beirats ein weiterer Arbeitskreis beschlossen, der sich nur mit der Zukunft des Waldschutzgebietes befassen wird. In ihm arbeiten Vertreter der Oberen Naturschutzbehörde und der Oberen Forstbehörde Kassel, der drei Gemeinden Vöhl, Frankenau, Edertal, des Forstamtes Edertal, der Unteren Naturschutzbehörde Waldeck-Frankenberg, der Touristikzentrale, der Hessischen Landesanstalt für Forsteinrichtung, Waldforschung und Waldökologie und von drei Naturschutzverbänden mit.

8 Ausblick

Die Diskussion über einen Naturpark hat die Forderung nach einem Nationalpark nicht verstummen lassen. NABU, BUND, GREENPEACE, WWF und ROBIN WOOD haben unmissverständlich deutlich gemacht, dass der Nationalpark unverzichtbar ist, und dass sie eine Zerstörung der Nationalparkqualität nicht hinnehmen werden. Die Jusos Waldeck-Frankenberg forderten den Nationalpark unmissverständlich „als beste und einzige Lösung für Mensch und Natur“ (WA, 23.10.99). Der scheidende Präsident des Bundesamtes für Naturschutz Martin Uppenbrink hat das Vorgehen der hessischen Landesregierung zum potentiellen Nationalpark Kellerwald als „skandalös“ bezeichnet. Hier lägen die „*insgesamt besten Voraussetzungen*“ für einen Nationalpark vor. Hessen habe hier eine besondere nationale Verpflichtung (FR 27.10.99). Der Weg für eine konfliktfreie Lösung ist offen: Eine Kombi-Lösung aus Naturpark und Nationalpark, der alle Beteiligten zufrieden

stellen könnte. Es fehlt bisher nur jemand, der den Mut hat, ihn zu beschreiten.

Danksagung

Gedankt sei den zahlreichen privaten Unterstützern in ganz Deutschland, die mit Spenden, persönlichem Engagement oder der Bereitschaft zum Widerstand den Erfolg für den geplanten Nationalpark in diesem Jahr möglich gemacht haben. Der Deutschen Umwelthilfe sei für ihre finanzielle Unterstützung gedankt, wie auch Alexandra Keßler und Hartmut Mai für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

Literatur

- BOUCSEIN S. 1999: Akzeptanzprobleme der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Nationalparks - Das Beispiel Kellerwald. Diplomarbeit im Fach Geographie Philipps-Universität Marburg (unveröff.). 85 S.
- BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 1999: Daten zur Natur 1999. 266 S. – Bonn.
- CDU HESSEN 1999: Hessen handelt. Chancen nutzen - Zukunft gewinnen. Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und F.D.P. für die 15. Wahlperiode des Hessischen Landtags 1999-2003. 67 S.
- FÖDERATION DER NATUR- UND NATIONALPARKE EUROPAS, SEKTION DEUTSCHLAND e. V./FÖNAD 1997: Studie über bestehende und potentielle Nationalparke in Deutschland. Ergebnisse aus dem F+E-Vorhaben 80801134 des Bundesamtes für Naturschutz. Angewandte Landschaftsökologie **10**, 376 S.
- FREDE, A. (im Druck): Der geplante Buchenwald-Nationalpark Kellerwald in Hessen -Naturausstattung, Ziele und Sachstand. Tagungsband Natur- und Kulturlandschaft April 1998. – Höxter.
- HARTHUN, M. 1998: Woran der Nationalpark Kellerwald vorerst scheiterte. Natur und Landschaft **73** (5): 223-227.
- HARTHUN, M. 1999a: Hessen: Naturschutz mit der Motorsäge. Umwelt -kommunale ökologische Briefe **12-13**: 18.
- HARTHUN, M. 1999b: Funktionalität und Wiederherstellung von Lebensräumen gemeinschaftlicher Bedeutung (GGB) am Beispiel von Auen in Hessen. FFH-Entwicklungsgebiete als Voraussetzung für ein nachhaltiges Schutzgebietssystem Natura 2000 der EU. Natur und Landschaft **74** (7/8): 317-322.
- HESSISCHE STAATSKANZLEI 1999: Chancen mutig schaffen - Chancen entschlossen nutzen. Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, abgegeben vor dem Hessischen Landtag am 22. April 1999. 39 S.
- HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ 1997: Naturwaldreservate in Hessen - Schönbusche. Waldkundliche Untersuchungen. Schriftenreihe Wald in Hessen **6** (1): 190 S.
- HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ 1998a: Er-

- lass zum weiteren Vorgehen im Waldschutzgebiet „Gatter Edersee“, 5. März 1998, Az. III/LFN 6-R 35.1-7133.
- HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ 1998b: Standardmeldebogen für die Gebietsmeldung gemäß der FFH-Richtlinie, Gebietsnummer 4819-301 „Kellerwald“ (unveröff.). 6 S.
- HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ (1998c): Antwort auf die Kleine Anfrage des Abg. Heidel (F.D.P.) 14/3524 vom 11.3.1998 (unveröff.).
- HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN 1999: Erlass zum Waldschutzgebiet „Gatter Edersee“, Entwurf Juli 1999, Az. VII/6-R35.1-7183 (unveröff.).
- KRÜGER, U. 1998: Das Projekt Nationalpark Kellerwald. Wie hätte ein Konfliktmittlungsverfahren unter Einbeziehung eines neutralen Dritten („Mediationsverfahren“) den Konfliktverlauf beeinflusst? Jahrbuch Naturschutz in Hessen 3: 36-47.
- NABU HESSEN 1999: Beschwerde gegen die Bundesrepublik Deutschland/Bundesland Hessen gegen die Wiederaufnahme forstwirtschaftlicher Nutzung im geplanten Nationalpark Kellerwald. Az. 99/5045, SG (99) A/12810, 2.9.1999 (unveröff.). 144 S.
- NATIONALPARK BAYERISCHER WALD 1999: Nationalpark und Tourismus - Daten, Fakten, Stand 10/99. Auf der Basis der Jahresberichte des Tourismusverbandes Ostbayern und anderer Quellen. 4 S.
- PANEK, N. 1999: Nationalpark-Zukunft in Deutschland - einige kritische Anmerkungen und Thesen. Natur und Landschaft 74 (6): 266-272.
- PLACHTER, H. 1991: Naturschutz. 463 S. - Stuttgart.
- RECK, R. 1999: Streit um den Nationalpark. Brennpunkt Kellerwald. Natur & Kosmos 8: 50-55.
- REMMERT, H. 1990: Naturschutz. - Berlin, Heidelberg, New York, London, Paris, Tokyo, Hongkong. 2. Auflage.
- RIDDERBUSCH, J. 1999: Konsens- und Konfliktprozesse bei der Politikformulierung im Naturschutz. Policy-Analyse der Nationalpark-Planungen im Kellerwald mit ausgewählten Vergleichsaspekten. Diplomarbeit im Fach Politikwissenschaft Philipps-Universität Marburg (unveröff.). 119 S.
- STIFTUNG HESSISCHER NATURSCHUTZ 1998: FFH-Lebensraumtypen (Referenzliste Hessen), Stand April 1999. Internet-Seite: www.natur-in-hessen.de/aktuelles/fhrlt.htm.
- SSYMANK, A.; HAUKE, U.; RÜCKRIEM, C.; SCHRÖDER, E. & MESSER, D. 1998: Das europäische Schutzgebietsystem Natura 2000. BFN-Handbuch zur Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie. Schr. R. f. Landschaftspf. u. Natursch. 53. - Bonn-Bad Godesberg.
- TAMM, J. 1999: Tierische Aussichten im geplanten Nationalpark Kellerwald. Nationalpark 1: 40-44.
- UMWELTSTIFTUNG WWF 1998: Umfrage belegt: Nationalpark - ja bitte! 95% der Deutschen wollen Nationalparke - und 70% wollen mehr davon. Wattenmeer international 2: 6.

Anschrift des Verfassers:

Dipl.-Biol. Mark Harthun
 Naturschutzbund Deutschland (NABU), LV Hessen e.V.
 Postfach 2104
 35531 Wetzlar

Rolf-Walter Becker

Beinhaltet die Thematik „Rotwild“ auch Artenschutz-Aspekte?

Als Beobachter, als Handelnder oder als Betroffener kommt man in der halb-öffentlichen Diskussion zum Thema „Natur- und Lebensraumschutz“ zu zwei Erkenntnissen:

- zum einen dominieren u.a. die Begriffe „Vernetzung von Biotopen“, „Verbundsysteme“, „Metapopulationen“ und ähnliche Fachwörter in den letzten Jahren manche Fach-diskussion im Naturschutz.
- zum anderen kann man feststellen, daß der Ornithologe nach den Vögeln schaut, der Förster nach dem Wald, der Botaniker nach den Pflanzen, der Jäger nach dem Wild usw. - d.h. alle fachlich Beteiligten betonen subjektiv ihr partikulares, legitimes und notwendiges Interesse. Allerdings gerät dabei mitunter der Blick für das Ganze ins Hintertreffen.

Am Beispiel der Wildart „Rotwild“ ist exemplarisch eine Entwicklung aufzeigbar, die bisher kaum wahrge-

nommen worden ist und die sowohl auf der hessischen als auch auf der bundesweiten Ebene besorgniserregend ist: die fortschreitende Fragmentierung der Lebensräume.

Vor welcher Realität stehen wir?

Wir stellen fest, daß der Lebensraum für Wildtiere - und vor allem für die Wildart Rotwild - unter erheblichem Druck steht. Dieser Druck zeigt sich für jedermann offenkundig im Verbrauch von Landschaft durch Ausbau der Infrastruktur, durch Straßen- und Siedlungsbau. Die derzeitige Lebensraum-Situation des Rotwildes in Hessen und Deutschland wird anhand von Verbreitungskarten deutlich (s. Karte 1 u. 2 folgende Seiten). Sie zeigen eine fortgeschrittene Verinselung der Vorkommensgebiete, nur noch wenige großflächige Vorkommen und überwiegend kleine und kleinste Vor-

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch Naturschutz in Hessen](#)

Jahr/Year: 1999

Band/Volume: [4](#)

Autor(en)/Author(s): Harthun Mark

Artikel/Article: [Aktuelle Entwicklungen zum geplanten Nationalpark Kellerwald nach dem Regierungswechsel in Hessen: Nationales Naturerbe oder Wirtschaftsforst 217-224](#)